

99. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 4. Dezember 2015

Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Beschlussempfehlung
Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10515

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. –Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP steht für die Sicherung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung in unserem Land, aber auch für die Erreichbarkeit in der Fläche. Das Land ist bei der Krankenhausplanung und bei der Investitionsförderung gefordert. Da muss ich meinen Vorrednern ein bisschen widersprechen: Die Krankenhäuser leiden unter einem Investitionsstau, der sich nicht erst seit gestern durch die Krankenhauslandschaft zieht. Wir hätten aber jetzt erwartet, dass die Gesundheitsministerin hier ihren politischen Schwerpunkt im Haushalt setzt.

Die Landesregierung gibt zwar vor, sich stärker zu engagieren; wir sollten uns die Zahlen aber genauer anschauen. Die Baupauschale wird einerseits um 7 Millionen € erhöht. Andererseits wird gleichzeitig die Förderung durch besondere Beträge weitgehend gestrichen. Das bedeutet netto nur 1,7 Millionen € mehr bei der Investitionsförderung. Es mag durchaus richtig sein, stärker auf pauschale Förderung zu setzen; aber von der angekündigten spürbaren Verbesserung für die Kliniken in Nordrhein-Westfalen bleibt so nicht viel übrig.

(Beifall von der FDP)

Angesichts des bekannten Investitionsstaus und der weit höheren Bedarfe ist dies absolut unzureichend. Aus Sicht der FDP muss die Baupauschale deutlich erhöht werden, damit auch in der Summe einige Millionen Euro mehr für die Investitionen zur Verfügung stehen.

Auch beim neu eingeführten Strukturfonds des Bundes versprechen Sie mehr, als Sie halten. Sie durch den Landeshaushalt. Es bleibt aber ein Anteil von 17 Millionen €, der von kommunalen, kirchlichen und privaten Krankenhausträgern aufzubringen ist, die sich teilweise schon erheblich bei der finanziellen Sicherung ihrer Kliniken engagiert haben. Ich warne Sie davor, die Krankenhäuser und ihre Träger zu überfordern.

Letzten Freitag hat die Ministerin im Bundesrat offenbart, wie sie sich die Krankenhausfinanzierung in Zukunft vorstellt. Teilmonistik soll die Lösung sein. Übersetzt heißt das: weniger zahlen, aber dennoch die gleichen Entscheidungskompetenzen behalten.

Aus Sicht des Landes ist das sehr einfach und billig. Sie wissen, dass Sie vom Finanzminister keine ausreichenden Investitionsmittel bekommen werden; also wollen Sie die Verantwortung

auf die Krankenkassen schieben. Aber was bedeutet das letztlich? Die Beitragszahler, vor allem die Arbeitnehmer, werden stärker belastet, wenn sie künftig auch noch die Mittel für die Investitionen aufbringen müssen. Das wollen Sie dann „soziale Politik“ nennen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, eines meiner Lieblingsthemen beim Haushalt ist der Patientenbeauftragte des Landes. Sie haben dieses Jahr zwar den Ansatz im Haushaltsplan verschoben; die Problematik bleibt aber gleich: Sie geben 400.000 € im Jahr für eine Einrichtung mit rund 1.100 Patientenkontakten im Jahr aus. Diese Zahl erreicht ein guter Hausarzt in den ersten fünf Tagen im Quartal.

(Beifall von der FDP)

Dabei sind die Kontakte dieses Patientenbeauftragten nicht einmal persönlicher Art, sondern lediglich Reaktionen auf E-Mails, Briefe oder Anrufe. Also 356 € für eine E-Mail! Ich glaube, das ist eine der teuersten E-Mails, die in Nordrhein-Westfalen verschickt werden.

(Beifall von der FDP)

Eine Stelle, die nicht gefragt wird, braucht man nicht. Frau Ministerin, wenn Sie gleich wieder kommen und sagen: „Er vernetzt; er macht dieses; und er macht jenes“, entgegne ich Ihnen: Er heißt Patientenbeauftragter, nicht Vernetzungsbeauftragter.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau; er heißt Beauftragter!)

Ich möchte noch eine Maßnahme ansprechen –auch eine ganz schöne –, mit der im aktuellen Haushaltsplan ein erhebliches fiskalisches Risiko eingebaut wurde: Die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW wurde bisher über die Mittel aus der Spielbankabgabe finanziert, die bekanntlich Jahr für Jahr sinken. Jetzt soll der Rückgang des Aufkommens aus der Spielbankabgabe durch einen Zuschuss aus originären Landesmitteln vollständig ausgeglichen werden.

Wir halten zwar die Arbeit der Stiftung in vielen Bereichen für sinnvoll, Ihren Vorschlag zur Finanzierung aber für völlig falsch. Der neu eingerichtete Haushaltsansatz wird Jahr für Jahr anwachsen, ohne dass das Problem an der Wurzel gepackt wird.

Sie wollen so nur von der unwirtschaftlichen Führung der Spielbanken ablenken. Statt ausufernder neuer Landeszuschusstöpfe bräuchten wir aber eine nachhaltige Sanierung unserer Spielbanken. Da wäre die Landesregierung gefordert.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, dass die rot-grüne Haushaltspolitik auch in der Gesundheitspolitik falsche Schwerpunkte setzt. Hier können die Liberalen nicht zustimmen. Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider.